

DEUTSCHLAND

„Jetzt ruft Strauß plötzlich April, April!“

Mit seinem Bekenntnis, er habe den Milliardenkredit an die DDR eingefädelt, verblüfft Franz Josef Strauß seine Freunde und Gegner. Als Gegenleistung der Ost-Deut-

schen verbucht der CSU-Vorsitzende neue, höfliche Umgangsformen von DDR-Grenzern. Weitere, echte Gegenleistungen der DDR-Führung sind aber nicht in Sicht.

Im Zimmer 911 des Abgeordnetenhauses am Bonner Tulpenfeld sitzt der fraktionslose Parlamentarier Franz Handlos aus dem niederbayrischen Regen. Vor ihm liegt aufgeschlagen Seite 71 des Grundsatzprogramms der CSU, die er vor wenigen Tagen aus Protest gegen Franz Josef Strauß verlassen hat. Und kopfschüttelnd-störrisch verweist der Ex-CSU-Abgeordnete auf die Passage zur „Ostpolitik im Dienst der Menschen“.

Dort steht, im Jahre 1976 so beschlossen: „Die Christlich Soziale Union war und ist für eine Zusammenarbeit mit dem Osten. Diese muß aber dem Menschen dienen und seinen unveräußerlichen Rechten. Verträge müssen dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung entsprechen. Willfähigkeit gegenüber den Wünschen der kommunistischen Regierungen kann keine Aussöhnung mit den von ihnen unterdrückten Völkern bringen!“

Diese Grundsätze hätten 13 Jahre lang die Oppositionspolitik der Union bestimmt, klagt Handlos, „und jetzt ruft Strauß plötzlich ‚April, April!‘“.

Tatsächlich haben wohl mehrere Gründe den erzkonservativen Altbayern Handlos bestimmt, die CSU zu verlassen – er fühlt sich von jenem Strauß verraten, der ihn mit den Feindbildern des Kalten Krieges, des Revanchismus und des Anti-Kommunismus politisch großgezogen hat. Unversehens rührte sich aber auch Widerspruchsgeist in dem Mann aus Regen, Protest gegen die Alleinherrschaft von Strauß. Handlos heute: Er sei „glücklich, jetzt morgens die Zeitung aufschlagen zu können, ohne nach neuen Direktiven des Großen Vorsitzenden Ausschau halten zu müssen“.

Mit seinem Engagement als „Einfädler“ (Strauß) des Milliarden-Kredits deutscher Banken an die notleidende DDR, versehen mit dem Gütesiegel einer Bundesbürgschaft, aber ohne Garantie für irgendeine Gegenleistung, hat der CSU-Chef die von ihm selbst eigentlich ersehnte Wende der Bonner Außenpolitik gestoppt. Wende à la Strauß: Jetzt gilt wieder die Deutschlandpolitik aus sozialliberaler Zeit.

Schrecken und Ratlosigkeit im Lager der Rechten. Wandelt Strauß plötzlich

auf Egon Bahrs Spuren und sucht den „Wandel durch Annäherung“? Ging es dem Bayern nur darum, mal wieder als Aktiver der Bundespolitik und nicht nur als querulierendes Echo der Regierung Kohl/Genscher aufzufallen? Wollte der Geschäftsmann aus München den Banken fette Geschäfte zuschanzen?

Antworten von Strauß stehen noch aus. Viele seiner Parteifreunde sind deshalb verärgert (siehe Seite 20). Der CSU-Vorsitzende hat gespürt, daß auch im rechten Lager seine Glaubwürdigkeit



Das Prinzip Leistung-Gegenleistung

Süddeutsche Zeitung

Wenden und fädeln

Unheimliche Freude bereitet es ihm, wenn die „anderen mit dem Schauen gar nicht mehr mitkommen“. Er strahlt, wenn sein verdutzter Verehrer Herbert Kremp in der „Welt“ „aus dem Staunen nicht herauskommt“, wenn die treue „FAZ“ sich „genasführt“ fühlt. Genüßlich horcht Franz Josef Strauß aufs Publikumssecho, nachdem er seine Doppel-Wende in der Deutschlandpolitik vollzogen hat. Für Überraschungen ist der Einfädler des Milliardenkredits an die DDR halt immer noch gut.

Nun ist der schiere Überraschungseffekt des großen Zampano noch kein Wert an sich. Hand- und atemlos vor Staunen lechzt seine Claque nach Aufklärung über die „neue Philosophie“ der Rückwärtsrolle vom bisherigen Oppositionsprinzip „Leistung und Gegenleistung“ zum neuen Regierungsmotto „Vertrauen gegen Vertrauen“ – „Franz Josef, gib uns Zuversicht!“

Und in der Tat reicht es nicht aus, wenn Strauß, endlich wieder im Gespräch, mit der mündelsicheren Miene des Finanz-Comptrollers versichert, dem Steuerzahler entgehe kein Pfennig, der Kredit sei marktkonform und hundertprozentig besichert; die deutschen Großbanken hätten sich gar um die Teilnahme an dem Kredit-Konsortium gerauft; warum wohl? – wegen der hohen Rendite, die für die Geldgeber abfalle.

Ökonomische Argumente – die hohe Rendite bei Finanzkrediten oder die Sicherung von westdeutschen Arbeitsplätzen bei Lieferkrediten – hatten, solange die Sozialliberalen regierten und die Union ihre 13 Oppositionsjahre absaß, kein Gewicht. Jedwede deutsch-deutsche Hilfestellung, so das Unionscredo, mußte mit einer politischen Gegenleistung der DDR honoriert werden. Erst forderten die Unionspolitiker die Beseitigung von Schießbefehl und Todeszaun, später, etwas bescheidener, die Senkung von Rentenalter und Zwangsumtausch.

Vergebens warben die Sozialliberalen für ihr sicher nicht unvernünftiges deutschlandpolitisches Konzept, zu einer Entspannung unter ungleichen Brüdern könne es nie kommen, wenn der unter politischen Minderwertigkeitskomplexen leidende kleinere vom selbstbewußten größeren unter Handlungsdruck gesetzt werde. Ver-

gebens warben sie für die Idee, den Handlungsspielraum der im kommunistischen Block gefesselten DDR mit einem Finanz- und Vertrauensvorschuß zu stärken. Denn nur eine politisch respektierte und finanziell unabhängige DDR bringe genügend Selbstbewußtsein auf, die von der Bundesrepublik monierten unmenschlichen Verhältnisse im täglichen Miteinander aus *eigenen* Stücken und in *eigener* Verantwortung zu lockern.

Dagegen stand das „deutschlandpolitische Grundsatzpapier“ der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vom Februar 1978, wonach innerdeutsche Verhandlungen „nur auf solche Abmachungen abzielen (dürfen), die dem Prinzip der Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung entsprechen“ und die „Gewährung wirtschaftlicher Vorteile durch die Bundesrepublik Deutschland nur noch unter der Bedingung zusichern, daß die andere Seite politische Zugeständnisse macht“.

Dagegen stand vor allem das Diktum des großen Vorsitzenden Strauß, die auf dem CDU-Parteitag im März 1977 von dem Schweizer Professor Gasteyer vorgetragenen Forderungen, der DDR mehr Selbstbewußtsein, mehr materielle Hilfe und mehr psychologischen Auftrieb zu geben, beruhten auf einer „geradezu lebensgefährlich törichten Philosophie“. Dagegen stand schließlich das Strauß-Wort vom „Ausverkauf deutscher Interessen durch die liberalsozialistische Koalition“.

Strauß trifft kein Tadel, wenn sich endlich auch bei ihm Realität in Einsicht umsetzt. Nur sollte er seiner Anhängerschaft wegen der „deprimierenden“ Schockwirkungen nicht als abschwörender Gottseibeius erscheinen, sondern als reuiger Büsser, der heute das fördert, was er als Oppositionspolitiker bekämpft hat.

Dazu bedurfte es freilich nicht der Eile. Strauß muß seiner Klientel kein Damaskus vorspielen. Alte Herren können sich Zeit lassen, ihre neuen Erkenntnisse zu verdauen. Konrad Adenauer brauchte sechs Jahre, seine Russen-Phobie zu bezwingen und Bulganin und Chruschtschow bei der Hand zu fassen.

Strauß hat 13 Jahre gebraucht zu wenden und zu fädeln. Unsereiner kann da nicht mehr staunen.

ramponiert ist, daß ihm der Makel der Unberechenbarkeit anhaftet.

Strauß und seine Helfer haben die Gefahr erkannt. Mit einer Aufklärungskampagne soll nun all jenen, die ihrem Parteichef eine Kehrtwende in der Deutschlandpolitik ankreiden, weisgemacht werden, der Ober-Bayer sei, trotz starker Sprüche, schon immer ein Mann des Ausgleichs gewesen.

Seit Jahren pflege der bayrische Ministerpräsident, so wird nun verbreitet, regelmäßig Kontakte zur DDR-Vertretung in Bonn, unterhalte vielerlei Verbindungen zu anderen Ostblockstaaten wie Rumänien und Ungarn. Bereits Anfang der sechziger Jahre, so erinnern sich plötzlich seine Helfer, habe Strauß im politischen Alltagsgeschäft begonnen, die Wiedervereinigungsforderung aus Rücksicht auf das Wohlergehen der DDR-Bürger hintanzustellen.

Auch auf den Bau der Berliner Mauer habe er maßvoll reagiert. Damals, im August 1961, hatte Strauß die DDR-Bevölkerung zu „Ruhe und Geduld“ gemahnt, davor gewarnt, daß die Empörung „zu einer sinnlosen Erhebung“ führen könne, und sich gegen die Kündigung des für die Ostdeutschen lebenswichtigen Interzonenabkommens ausgesprochen.

Als der SPIEGEL Anfang 1978 über ein oppositionelles Manifest aus den Reihen der SED berichtete und Ost-Berlin das Redaktionsbüro des Nachrichtenmagazins schloß, soll Strauß seine Bonner Helfer angewiesen haben: „Nicht ins Feuer blasen.“ Es dürfe nichts getan werden, was die Sowjet-Union veranlassen könne, in der DDR härter zuzuschlagen. Strauß: „Das sind Deutsche.“

Erinnert wird nun auch an einen Dialog zwischen Strauß und dem damaligen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew. Der Bayer habe dem Sowjetmenschen 1978 angeboten: „Wenn Sie sich eines Tages in der Lage sehen könnten, Deutschland wieder als Ganzes zu sehen, dann wäre es Pflicht und Wille der Deutschen, Ihnen Garantien zu geben, daß Sie an Ihrer Westflanke nie mehr Probleme haben.“ Breschnews spontane Reaktion: „Aber Herr Strauß, wir haben noch andere Flanken.“ Strauß: „Ich weiß das, aber ich bin ein deutscher Politiker. Für andere Flanken zu sprechen wäre Hochstapelei.“ Strauß – ein Neutralist?

Anfang dieses Jahres, so berichten die CSU-Aufklärer nun, habe Strauß ein Signal nach Ost-Berlin geschickt. In der Bundesrepublik wurde es kaum registriert, dürfte der DDR aber zusätzliche Hoffnung auf bayrische Hilfe bei der Kreditgewährung gemacht haben. Der Ministerpräsident widersprach öffentlich der Forderung des CSU-Scharfmachers Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, die DDR müsse wirtschaftlich unter Druck gesetzt werden: Er, Strauß, halte es für „unklug“, für das Verhältnis zur DDR „einen Katalog von zehn Geboten“ aufzustellen.



Ostpolitiker Strauß*: „Schnell in der anderen Ecke“

Doch Strauß wäre nicht Strauß, würde er nicht dafür sorgen, daß der Glaube an seine wundersame Wandlung vom Falken zur Taube vergänglich ist. Denn von seiner Prinzipientreue hält er offenbar selbst nicht viel: Er sei, beschrieb er seine Beweglichkeit, „so schnell in der anderen Ecke“, daß die Kritiker „mit Schauen gar nicht mehr nachkommen“.

Einer aber blickte durch: Helmut Kohl. Schlitzohrig überließ der Kanzler seinem Widersacher die Kreditverhandlungen mit der DDR nur so lange, bis das Projekt entscheidungsreif war. Als Kohl fürchten mußte, Strauß werde das Geschäft mit einem Paukenschlag publik machen – sei es auf dem CSU-Parteitag Ende voriger Woche in München, sei es während oder nach einer Reise in die Volksrepublik Polen und in die DDR –, ließ er den Deal auf dem Weg der Indiskretion bekanntmachen.

Die „Frankfurter Allgemeine“ veröffentlichte einen Bericht über das Geschäft unmittelbar nach der Klausurtagung der CSU im fränkischen Kloster Banz und rechtzeitig vor Kohls Moskareise. Die Folge: Die Christsozialen fühlten sich hinters Licht geführt, Strauß bekam Ärger mit der Basis. Dem CSU-Vorsitzenden blieb, um seine Reputation zu retten, nur übrig, die Initiative als eigene Erfindung auszugeben. Er habe, teilte er mit, „auch Kohl nicht gebeten, mich zu bitten“.

Mit dem Pfund hatte Strauß eigentlich selbst wuchern wollen, um seinen Anteil an wichtigen bundespolitischen Entscheidungen herauszustellen. Nun machte sich Kohl bei seiner Kreml-Visite das deutsch-deutsche Geschäft zunutze. Bitter schloß Strauß vorige Woche ein fünfseitiges Statement mit dem Kommentar ab: Kohl habe in Moskau „um so leicht-

ter“ Tacheles mit den Sowjets reden können, „als ihm der Hinweis auf die hilfreiche Rolle der Bundesregierung bei der Kreditgewährung an die DDR seine Aufgabe sicherlich nicht erschwert hat“.

Schon im Mai war ein ähnliches Manöver des Bayern gescheitert: Auf eigene Faust wollte Strauß dem rumänischen Staatschef Nicolae Ceauşescu die Ausreise in Rumänien lebender Deutscher gegen West-Kredite abhandeln. Doch Außenminister Hans-Dietrich Genscher bekam rechtzeitig Wind von der Sache und bootete Strauß aus.

Dabei hatte sich das DDR-Geschäft für Strauß vielversprechend angelassen. Anfang Dezember vorigen Jahres war der Bayer von „einem Informanten“ (Strauß) besucht worden, der ihm Ost-Berlins Interesse an einem Milliarden-Kredit übermittelte. Die DDR brauche das Geld dringend, um innerhalb des Comecon und auch gegenüber den Gläubigern im Westen (DDR-Verschuldung: fast 90 Milliarden Mark) bewegungsfähig zu bleiben. Nach einer Pause von zwei Wochen informierte er Kohl, der nur sagte: „Bleib am Ball.“ Was Kohl verschwie: Sein Staatsminister Philipp Jenninger hatte in der Zwischenzeit in Ost-Berlin vorgesprochen und gleichfalls erfahren, die DDR wolle sich mit Bonner Hilfe am Eurodollar-Markt bedienen.

Jenninger war nicht unvorbereitet. Bei der Amtsübergabe der Sozialliberalen im Oktober 1982 hatte ihm sein Vorgänger Hans-Jürgen Wischnewski ausführlich über sein letztes Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im September berichtet. Thema: der Zwangsumtausch und ein Modell, wie Ost-Berlin an Euro-Devisen kommen könne, nämlich durch Gründung einer gemeinsamen Bank in der Schweiz.

Strauß aber war von Bonn im Glauben gelassen worden, Jennings Reise nach

Ost-Berlin sei nur eine Good-will-Tour gewesen. Der CSU-Chef fühlte sich immer noch allein am Drücker, als am 5. Mai – nach dem Grenzzwischenfall von Drewitz, den Strauß als „Mord“ verurteilt hatte – der Honecker-Vertraute Alexander Schalck-Golodkowski in München auftauchte. Er wollte mit Strauß „in besonderem Auftrag“ das deutsch-deutsche Verhältnis besprechen. Strauß verlangte, die DDR-Sicherheitsorgane müßten vor allem ihre rüden Sitten gegenüber Besuchern und Transitreisenden ändern.

Mitte Mai kehrte Schalck-Golodkowski an die Isar zurück: Er habe die Beschwerde „an höchster Stelle“ vorgetragen und sei autorisiert zu versichern, daß die Mißstände abgebaut würden. Dann kam das Gespräch auf den Kredit. Wenig später, bei einem dritten Besuch Schalck-Golodkowskis mit Strauß, durfte Jenninger dabei sein.

Als technisch schwierigstes Problem erwies sich die Frage, wie Bonn das Geschäft behandeln sollte: Direkte Zins-subsidtionen aus dem Haushalt schieden mangels Masse aus. Die DDR war zwar bereit, als Sicherheit ihre Einnahmen aus den Bonner Zahlungen für den Transitverkehr und die Postgebühren abzutreten. Doch allein damit war die DDR noch nicht kreditwürdig. Nach den Vorschriften des Haushaltsgesetzes darf der Finanzminister „im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses“ nur „Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen“ übernehmen. Abtretungen fallen, wie Jenninger den Herren klarmachte, nicht unter diese Vorschrift. Und für eine Gesetzesänderung war keine Zeit.

So erzwang das Haushaltsrecht eine Bürgschaft des Bundes – auch wenn der



Strauß-Kritiker Handlos
„Morgens glücklich“

ehemalige Finanzminister Strauß von dem „dummen Wort Bürgschaft“ nichts wissen wollte. Um Strauß auch in den Milliarden-Kredit fest einzubinden, ließ sich Kohl einen raffinierten Trick einfallen: Er schlug Strauß vor, die Bayerische Landesbank möge als Konsortialführer die Geldbeschaffung übernehmen.

Gegen diese Offerte konnte der Ministerpräsident, Schirmherr dieses öffentlich-rechtlichen Instituts, nichts einwenden. Und Kohl konnte den Eindruck vermeiden, er habe das profitable Geschäft unbedingt mit guten Bekannten, etwa mit seinem Berater Alfred Herrhausen von der Deutschen Bank, abwickeln wollen.

Die Bayerische Landesbank, geführt vom früheren Münchner Finanzminister Ludwig Huber, brachte in einem Kon-

Jetzt war das Risiko für die Banken geringer. Die DDR zahlt ein Prozent über „Libor“, dem täglich in London festgestellten Satz für Sechsmonatsgelder im Verkehr zwischen den Banken – zuwenig, wenn es keinen Bonner Beistand gegeben hätte, denn die DDR gehört auf dem internationalen Geldmarkt nicht zu den gefragten Schuldner. Aber dank Bonner Hilfe wurde für die Geldgeber, so ein Bankier, „aus dem DDR-Papier ein bundesrepublikanisches Papier“; die Ein-Prozent-Marge erscheint jetzt völlig überhöht. Bonn hätte, so erklären Fachleute am Bankplatz Frankfurt, das Geld wesentlich billiger bekommen: „Damit rangiert die Bundesrepublik plötzlich unter Raten, die doppelt so hoch sind wie diejenigen, die Spanien zahlen muß.“

Also doch eine Gegenleistung? Stimmt die Sowjets etwa zu, verpflichteten sie die DDR?

Kein Wort davon. Vor dem Abflug der Kanzlermaschine nach Moskau am 4. Juli erhielt Kohls Staatsminister Jenninger eine Anfrage des Konsortialführers Bayerische Landesbank, ob Bonn mit der sofortigen Abwicklung der zweiten Kredittranche einverstanden sei. Jenninger gab – noch von deutschem Boden aus – sein Plazet.

Solange die von ihm erwarteten Gegenleistungen ausbleiben, macht sich Strauß selber froh. Im Fernsehen zitierte er wohlmeinende Pressekommentare und verlas lange Berichte über neues Wohlergehen der DDR-Grenzer. Und er setzt darauf, daß die DDR demnächst bei gemeinsamen Umweltschutzmaßnahmen, etwa im Kampf gegen das Waldsterben oder bei der Gewässerreinigung, kooperativer wird.

Wo es sein muß, hilft er nach – mit Geld. Um die Verhandlungen mit der DDR zur Reinhaltung des Grenzflusses Röden zu fördern, erwies er sich plötzlich als ungewöhnlich spendabel: Aus der bayrischen Staatskasse machte er fast zehn Millionen Mark locker, um den Bonner Spielraum bei den Gesprächen mit der DDR zu erweitern.

Doch noch bleibt auch hier die Gegenleistung aus. Seine Widersacher in Bonn sehen Straußens neue Ostpolitik ohnehin unter einem anderem Aspekt.

Für FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ist es „horrender Unsinn“, wenn Strauß den Kredit mit Gegenleistungen im Umweltschutz begründen wolle. Lambsdorff: „Hier ist das Interesse zweier Herren zusammengekommen: Honecker wollte Geld haben, und Strauß wollte Politik machen. Das Geschäft hatte nur einen Hintergrund: cash gegen Hoffnung.“

Die Hoffnung ist für Lambsdorff erst erfüllt, wenn die DDR anfängt, den Zwangsumtausch abzubauen.



Ostpolitiker Jenninger, Kohl: „Bleib am Ball“

sortium aus den luxemburgischen Töchtern anderer deutscher Landesbanken die erste Tranche des Kredits problemlos unter, bei der zweiten gab es Ärger. Die privaten Banken fühlten sich um reiche Beute geprellt. Sie setzten den Bayern-Bankier Huber so lange unter Druck, bis ein Viertel der Gesamtsumme, 250 Millionen Mark, privaten Geldinstituten angeschrieben wurde. Denn diesmal witterten sie zu Recht ein gutes Geschäft.

Vor knapp drei Jahren noch, als die Regierung Schmidt/Genscher im Oktober 1980 Polen helfen wollte, waren die Konditionen wesentlich schlechter. Nur ein Drittel des 1,2-Milliarden-Mark-Kredits war vom Bund verbürgt, das Geld sollte dazu dienen, neue Kohlefelder in Polen zu erschließen. Ohne Bundesgarantie brachten seinerzeit die Banken 800 Millionen Mark auf, mit einem Aufschlag von eineinhalb Prozent über dem Marktzins.

Spanien zahlt derzeit für einen Kredit zwischen einem halben und fünffachem Prozent über Libor, ebenso wie Irland.

Ein Prozent Risikozuschlag muß zur Zeit die Nationalbank von Ungarn zahlen, die ohne zusätzliche Garantien 200 Millionen Dollar aufnehmen will. Ein Frankfurter Bankdirektor: „Wir haben das Gefühl, hier waren keine Fachleute am Werk – oder sie wollten nur einigen Banken Geschenke machen.“

Strauß wies aber letzte Woche jeden Verdacht von sich, er habe den Banken mit dem Kreditgeschäft einen Gefallen erwiesen. Das Kreditgeschäft sei rein „interbankär“ (Strauß) ausgehandelt worden. Der neuernannte Ostpolitiker versuchte jedoch, seinen Unionsfreund Kohl ins Zwielficht zu ziehen. Strauß: „Es ist vielleicht bezeichnend, daß die Freigabe der zweiten Tranche durch den Bundeskanzler noch am Montag nach seiner Ankunft in Moskau erfolgte.“

CSU

Schwer verdaubar

Die unheimliche Wandlung von Franz Josef Strauß in der Ostpolitik macht Wirbel in der CSU.

Zwei Tage lang durchforstete Bundespräsident Karl Carstens auf seinem langen Marsch durch die Republik diesmal den Bayerischen Wald. Auf dem Weg vom „Goldenen Steig“ zum Wirtshaus „Mühlhiesl“ begleiteten ihn an die 2000 Mitläufer, doch einen ganz bestimmten Mann vermißte das Staatsoberhaupt.

Deshalb rief Carstens, wieder zurück in Bonn, am Dienstag vergangener Woche sogleich persönlich die Nummer 09921/37 48 in dem Bayernwald-Städt-